



Gemeinderat Muttenez
Kirchplatz 3
4132 Muttenez
gr_sekretariat@muttenez.bl.ch

Muttenez, 15.3.2024

Vernehmlassung

Totalrevision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen (Nr 15.300)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme bzgl. des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen.

Die Grünen Muttenez begrüßen die Totalrevision, welche bezweckt, dass Menschen mit kleinem Einkommen davor bewahrt werden, durch ihre Wohnsituation in die Situation einer Sozialhilfe Abhängigkeit zu geraten. Diese Totalrevision erfolgt aufgrund der Änderungen des entsprechenden kantonalen Gesetzes. Der Kanton wird erstmals einen Beitrag von bis zu 50% der Mietzinsbeiträge übernehmen.

Was die Texte des Reglements betrifft, sind die Grünen einverstanden und haben keine Änderungsvorschläge.

§8: Der Verweis auf die Möglichkeit, in Härtefällen alleinstehende Personen zu unterstützen, ist eine sinnvolle Ergänzung, z.B. um es alten Menschen nach dem Tod des Partners oder der Partnerin zu ermöglichen, in der eigenen Wohnung zu bleiben. Aber auch für andere Härtefälle bleibt dieser Passus eine wichtige Option.

Allgemeine Anmerkungen:

Mietzinserhöhungen gehören zu den stärksten Faktoren steigender Lebenshaltungskosten der letzten beiden Jahre, welche dazu führen, dass Familien, Alleinstehende und alte Menschen mit kleinem Einkommen in prekäre Lebenssituationen geraten. Eine gesunde Durchmischung unterschiedlicher Einkommensgruppen in Wohnquartieren gilt als eine der erfolgreichsten Faktoren für die Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Dem gegenüber stehen Ghettoisierung als Risikopotential für einzelne Menschen und den gesellschaftlichen Frieden. Auch in Muttenez muss es daher aus Sicht der Grünen das Ziel sein, dass armutsbetroffene Menschen nicht durch die aktuelle Preisentwicklung aus ihren Wohnungen vertrieben werden und dass eine gesunde und somit integrative Durchmischung der Wohnbevölkerung gewährleistet wird.

Die Möglichkeit der Mietzinsreduktion ist eine konkrete Massnahme, welche Menschen sofort entlastet. Allerdings soll es nicht darüber hinwegtäuschen, dass das grundlegende Problem darin liegt, dass es durch politische Massnahmen nicht ausreichend gelingt, den **Mietzinswucher** durch mehrheitlich Profit-orientierte Investitionen in den Immobilienmarkt einzudämmen. Hier sind

Gemeinden gefordert. ***Um nicht langfristig mit den Steuergeldern der Bevölkerung diese Profite über Mietzinsbeiträge an armutsbetroffene Familien zu finanzieren, ist es notwendig, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren und Strukturen zu fördern, welche angemessene und faire Mieten mit sich bringen.***

Für die Grünen MuttENZ:

Heike Wach